

5. Strassengelder für Strassen (Fonds im Eigenkapital)

Antrag des Regierungsrates vom 14. Dezember 2022 zum Postulat KR-Nr. 346/2016KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 14. März 2023

Vorlage 5633b

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend Strassengelder für Strassen nach Vorliegen des Ergänzungsberichts als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde die Regierung aufgefordert aufzuzeigen, wie die Mittel des Strassenfonds zweckgebunden und bedarfsgerecht verwendet werden können. Der Fonds sollte zudem – gleich wie der Fonds für den öffentlichen Verkehr – nicht mehr erfolgswirksam auf die Staatsrechnung sein. Aufgrund des finanztechnisch komplexen Themas verlangte der Rat am 10. Januar 2022 einen Ergänzungsbericht. Dieser zeigt die Auswirkungen auf den Staatshaushalt bei Führung des Strassenfonds analog zum Verkehrsfonds und bietet auch finanztechnische Lösungsvorschläge bezüglich Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs bei einem etwaigen Systemwechsel. Ebenso werden darin die Auswirkungen der Weiterentwicklung neuer Technologien wie etwa der E-Mobilität auf die Finanzierung des Strassenfonds thematisiert. Damit ist der Bericht befriedigend und das Postulat kann abgeschrieben werden.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Die SP hat dieses Postulat ursprünglich abgelehnt. Der Grund für die Ablehnung war im Wesentlichen der, dass der Wechsel vom Eigenkapital ins Fremdkapital eine massive Auswirkung auf den mittelfristigen Ausgleich gehabt hätte. Dies wurde einfach – gelinde gesagt – ausgeblendet. Mit dem Ergänzungsbericht wird aber nun aufgezeigt, wie man dies sauber machen kann und welches die finanztechnischen Auswirkungen sind, das heisst, genau der Punkt, den wir am ursprünglichen Postulat kritisiert haben, wird implizit beantwortet. Das heisst, man wüsste jetzt, wie man es machen würde. Es wurde eine Lösung aufgezeigt, wie das innerhalb des Eigenkapitals gehen könnte, und wegen der PI Brunner (*KR-Nr. 321/2013*) wären die Auswirkungen auf den mittelfristigen Ausgleich auch nicht mehr so gross wie in der Vergangenheit.

Wir sind allerdings der Meinung, wenn das jetzt jemand unbedingt haben möchte, dann müsste dieser auch einen entsprechenden Vorstoss machen, denn sonderlich dringlich ist diese Umschichtung nicht. Da muss sich jemand finden lassen, der das will. Wir werden die entsprechende Motion sicher nicht einreichen.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Wir haben es hier mit einem sehr finanztechnischen Thema zu tun. Die Postulanten störten sich daran, dass die Einlagen und die Entnahmen beim Strassenfonds in den mittelfristigen Ausgleich fliessen und

diejenigen des Verkehrsfonds nicht. Wichtig dabei ist, dass beide Fonds im Eigenkapital sind. Aber der Verkehrsfonds bildet eine Ausnahme und ist nicht im mittelfristigen Ausgleich abgebildet. Mit dem Ergänzungsbericht wurde eine Auslegungsordnung gesetzlicher Anpassungen gefordert, um den Strassenfonds ohne Auswirkungen ins Fremdkapital zu überführen. Dabei ist der Strassenfonds im Eigenkapital eigentlich richtig geführt. Der Regierungsrat schlägt deshalb eine Änderung des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) vor. Es sollen gerade alle Fonds neu nicht mehr in den mittelfristigen Ausgleich fliessen; Ausnahmen wie die des Verkehrsfonds bräuchte es dann keine mehr. Um die dadurch entstehenden Verschlechterung des Ausgleichs zu kompensieren, schlägt der Regierungsrat vor, die LSVA (*leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe*) zur Hälfte in den allgemeinen Staatshaushalt und zur Hälfte in den Strassenfonds fliessen zu lassen. Da stellt sich die Frage, inwiefern dass mit Artikel 85 der Bundesverfassung zur zweckgebundenen Verwendung der LSVA vereinbar ist. Denkbar wäre eine Deckung der externen Gesundheits- und Umweltkosten des Strassenverkehrs, wie sie im nächsten Traktandum behandelt werden.

Nun sind die Auswirkungen einer CRG-Änderung auf gerademal eineinhalb Seiten abgehandelt – für eine Änderung, die sieben Fonds betrifft, eine etwas gar dürftige Übersicht. Vor einer allfälligen Gesetzesänderung wäre da bestimmt noch sehr, sehr viel Vertiefungsarbeit notwendig. Wir schreiben das Postulat ab.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Heute bringt der Strassenfonds positive Beiträge zum Jahresergebnis des Kantons, obwohl die Gelder zweckgebunden sind. Der frei verfügbare finanzielle Handlungsspielraum wird dadurch überschätzt. Aus unserer Sicht ist zu unterstützen, dass der Strassenfonds nicht mehr im mittelfristigen Ausgleich erfasst wird. Es sind noch weitere kleine Fonds vorhanden, welche gleichbehandelt werden müssten, einzig der Verkehrsfonds bildet heute in der Rechnungslegung eine Ausnahme. Geplant ist zudem eine Änderung der Verkehrsabgaben in Bezug auf die Elektromobilität. Die Befreiung von Verkehrsabgaben soll ab 2025 angepasst werden. Die gleiche Stossrichtung ist im Beschluss des Strategie- und Handlungsprogramms «Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich» des Amtes für Mobilität geplant. Der Strassenfonds wird durch kürzlich gefällte Entscheide – PI Brunner 70 Millionen Franken pro Jahr an die Gemeinden und die Fördermassnahmen der Ladestationen 50 Millionen Franken – in vier Jahren zusätzlich belastet. Die Regierung ist bereit, allfällige Änderungen aufzugleisen. Der Ergänzungsbericht hat wichtige Informationen geliefert. Die SVP schreibt das Postulat ab.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ich begrüsse auf der Tribüne eine Klasse der ZAG (*Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen*), zukünftige Fachpersonen Gesundheit. Schön, dass ihr einen Blick in unseren Rat werft.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Es war ursprünglich ein FDP-Postulat. Wir sind jetzt aber mit der Abschreibung ebenfalls einverstanden. Insbesondere der

Ergänzungsbericht hat gezeigt, wie wichtig und komplex das Thema ist. Der Ergänzungsbericht ist sehr ausführlich. Wir werden ihn auch prüfen und schauen, ob wir Änderungen machen können – mit oder ohne SP. Wir werden das seriös prüfen. Besten Dank.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rütli): Auch ich bedanke mich sehr herzlich für den aufschlussreichen Ergänzungsbericht. Ich war Mitunterzeichnerin des Vorstosses. Ich bin aber noch die einzig Verbliebene; Christian Schucan und Christian Lucek sind nicht mehr im Rat. Der Ergänzungsbericht ist wirklich sehr aufschlussreich. Er hat auch gezeigt, dass es sich dabei um ein – wie wir gehört haben – finanziell sehr komplexes Thema handelt. Strassenfonds und Verkehrsfonds werden ja unterschiedlich gehandhabt. Als wir das eingereicht haben, waren die Beiträge noch viel höher. Wir sehen jetzt aber, wenn ich die Zahlen vergleiche, dass es so viel dann auch nicht ausmacht. Wir werden aber sicher auch prüfen – wie Sonja Rueff-Frenkel gesagt hat –, was Sinn macht. Man müsste dann wirklich alle Fonds berücksichtigen, sodass es eben keinen Einfluss auf den mittelfristigen Ausgleich hat. Es sind aber auch viele neue Fragen aufgetaucht. Die PI Brunner ist in der Zwischenzeit umgesetzt worden; wir haben die gesamte Thematik des Einbezugs der Mobilitätstechnologien. Das werden wir sicher alles anschauen. Aber, es ist ein wirklich spannender Bericht. Wir werden das weiterhin prüfen. Ich bedanke mich herzlich. Wir sind selbstverständlich mit der Abschreibung einverstanden.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Das Postulat ist abgeschrieben.

Das Geschäft erledigt.